



Die Politik des Glücks

CHRISTIAN KROLL
April 2010

- Ziel der Politik kann nicht mehr allein die Erhöhung des materiellen Wohlstandes sein. Über das wirtschaftliche Wachstum hinaus ist es ihre Aufgabe, für das größtmögliche »Glück« der Bevölkerung Sorge zu tragen. Dies zumindest ist eine Überzeugung, die international zusehends an Zustimmung gewinnt – besonders im Vorreiterland Großbritannien.
- Soziales Kapital hat in den reicheren Ländern einen größeren Einfluss auf die Lebenszufriedenheit als materielle Aspekte. Da die wichtigsten Faktoren für Glück stabile soziale Beziehungen sind, muss eine Umgewichtung der Politikmaßnahmen stattfinden: Das Glück der Bevölkerung und nicht nur das Wirtschaftswachstum gilt es zu erhöhen. Dahingehend ist das Vorgehen der jeweiligen Regierungen zu prüfen.
- Die Politik des Glücks ist keine Klientelpolitik, sondern hat den Anspruch, in umfassender Weise Politik für die gesamte Bevölkerung zu sein. Ihre Beachtung und Förderung kann dazu beitragen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft stärker von der Politik einbezogen fühlen. Der wachsenden Politikverdrossenheit wird in der Konsequenz entgegenwirkt.

‘Bye ‘bye BIP?

Seit Jahrzehnten gilt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als der weitverbreitetste Indikator für das Wohlergehen von Nationen. Es misst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres hergestellt werden. Besonders in der aktuellen Krise werden kleinste Schwankungen minutiös verfolgt, und es dient als Gradmesser für Erholung oder Absturz eines Landes. Regierungen werden gegenwärtig mehr denn je von Medien und Wählern daran gemessen, inwiefern sie »Wachstum schaffen«. International setzt sich jedoch langsam der Konsens durch, dass das BIP höchst ungeeignet ist, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu messen.

So führt die von Frankreichs Präsident Sarkozy eingesetzte und mit zahlreichen Nobelpreisträgern bestückte »Kommission zur Messung von ökonomischer Leistung und sozialem Fortschritt« in ihrem Abschlussbericht Ende 2009 zahlreiche Defizite des BIP an: Es steigt bei Ölkatastrophen und Autounfällen, sagt nichts über die Verteilung des Reichtums in einem Land aus und lässt wichtige Aspekte, die zum menschlichen Wohlergehen beitragen, unberücksichtigt. Folglich sei es an der Zeit, nicht mehr in erster Linie »*economic production*« zu messen und zu erhöhen, sondern »*people’s well-being*«. Fast zeitgleich hat sich auch die EU-Kommission in ihrem Bericht »*GDP and Beyond*« dafür ausgesprochen, das BIP mit anderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Statistiken anzureichern, um das Wohlergehen der Menschen besser erfassen zu können. Die OECD geht ebenfalls seit einigen Jahren im Rahmen der Initiative »*Measuring the Progress of Societies*« der Frage nach, wie Fortschritt besser definiert, gemessen und gefördert werden kann. Ein Extrembeispiel stellt schließlich der kleine Staat Bhutan dar, welcher das »Bruttoglücksprodukt« zum zentralen Indikator und Staatsziel erkoren hat.

Die Kritik am BIP ist nicht neu. Bereits 1968 merkte Robert Kennedy an, das BIP messe alles, außer den Dingen, die das Leben lebenswert machen. Ebenso wurden in den 1970er Jahren schon die »*Social Limits of Growth*« diskutiert. Sozialdemokraten wie Erhard Eppler prägten damals die Debatte, so zum Beispiel in seiner Rede 1972 auf der internationalen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen, mit einst neuen Begriffen wie »Lebensqualität«. Politisch jedoch führte die Diskussion nicht zu entscheidenden Neuausrichtungen, denn weite Teile der Bevölkerung befanden sich trotz

Ölkrise in den 1970er Jahren noch stark unter dem Eindruck des zweifelsohne beispiellosen ökonomischen Aufstiegs der Nachkriegsjahrzehnte. Stattdessen brachte der Zeitgeist der 1980er Jahre ein gesellschaftliches Erstarken von Individualismus, Materialismus und Neoliberalismus in der westlichen Welt mit sich, eingefangen und verstärkt von Thatcher, Reagan und Kohl.

Die oben beschriebenen Initiativen des 21. Jahrhunderts stehen jedoch unter anderen Vorzeichen. Im Gegensatz zu früheren Ansätzen handelt es sich mittlerweile um ein konzertiertes Vorgehen auf internationaler Ebene, welches einen Paradigmenwechsel in der Politik einzuläuten vermag. Außerdem hat in den letzten 30 Jahren der gesellschaftliche Diskurs um den Klimawandel, in Kombination mit der Verbreitung postmaterieller Wertvorstellungen, zu einem Bewusstseinswandel in der Bevölkerung geführt, welcher uns auffordert, unser Verständnis von Fortschritt neu zu definieren. Und schließlich kommt der parallele Aufstieg einer neuen Forschungsrichtung hinzu, die mit wissenschaftlichen Erkenntnissen das Umdenken intellektuell stützt. Nach der Kritik am BIP der Vergangenheit scheint somit erstmalig ein positives Gegenmodell für die Zukunft möglich.

»Happiness Research«

Inhaltlich getragen werden die oben genannten Politikinitiativen unter anderem von der neuen akademischen Glücksforschung. An der Schnittstelle zwischen Soziologie, Ökonomie, Psychologie und Politikwissenschaft hat sich in den vergangenen Jahren die wissenschaftliche Erforschung der Determinanten von Glück und Lebenszufriedenheit etabliert. Eine konstant wachsende Zahl an repräsentativen Datensätzen wie der World Values Survey, das Sozio-ökonomische Panel oder der British Household Panel Survey erlaubt Forschern, menschliches Wohlergehen zielgenau zu studieren. Den dabei verwendeten Skalen zur Glücksmessung wurde durch Korrelation mit neurologischen Messungen und zahlreichen verwandten Lebensqualitätsindikatoren die Einhaltung von sozialwissenschaftlichen Gütekriterien wie Validität und Reliabilität bescheinigt.

Die Glücksforschung fragt nicht mehr nur wie Menschen reicher werden, sondern was sie glücklich macht. Um über die Mängel herkömmlicher ökonomischer Theorie hinauszugehen beruft sich dieses Forschungsgebiet dabei auf die Arbeiten zur *Behavioral Economics* des US-Psychologen Daniel Kahneman, der für diese

Erweiterungen des Menschenbildes in den Wirtschaftswissenschaften den Nobelpreis erhielt. Vor allem in den angelsächsischen Ländern etabliert sich seitdem diese Forschungsrichtung zunehmend. So hat das britische *Economic and Social Research Council* jüngst 4,4 Millionen Pfund für die Erforschung von Glück und den daraus abzuleitenden Lektionen für die Politik bereitgestellt.

Einige Ergebnisse dieses Forschungszweiges decken sich mit den allgemeinen Erwartungen und sind weniger überraschend: gute familiäre Beziehungen, Gesundheit und Arbeit machen glücklich. Eine Reihe von Resultaten jedoch ist konträr zu dem, was man intuitiv vermuten mag. Sie würden bei einer Anwendung auf die Praxis neuartige Konsequenzen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik nahelegen.

So profitieren arme Menschen zwar von jedem Euro, den sie in Nahrung, Bildung und ein Dach über dem Kopf investieren können. Allerdings nimmt die Korrelation zwischen Geld und Glück interessanterweise bei Ländern wie auch bei Individuen ab einem gewissen Punkt stark ab. In anderen Worten, ab einem BIP von ca. 10 000 Euro pro Kopf macht mehr Geld die Bewohner eines Landes nicht glücklicher. Ergo sollten andere Faktoren hier ins Zentrum der Politik rücken als die reine Erhöhung des Wirtschaftswachstums. Der amerikanische Ökonom Richard Easterlin hatte bereits in den 1970ern angemerkt, dass das starke Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern seit dem zweiten Weltkrieg nicht zu einer erhöhten Lebenszufriedenheit der Bürger geführt hat. Die Gründe für dieses sog. »Easterlin-Paradox« sind vielfältig. Zum einen vergleichen wir uns ständig mit unseren Mitmenschen, diese sind jedoch ebenfalls mit der Zeit reicher geworden (negative Externalitäten). Weiterhin gewöhnen wir uns recht schnell an den gehobenen Lebensstandard (Adaptation), und drittens entstehen durch äußere Einflüsse ständig neue Bedürfnisse. Letztlich war der ökonomische Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte in den Industrieländern mit tiefgreifenden Veränderungen in der Qualität der mitmenschlichen Beziehungen – unser sogenanntes Sozialkapital – verbunden.

Wir haben es also laut der Daten in der Summe mit einem abnehmenden Grenznutzen von Einkommen zu tun, der auch in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit den Befürwortern einer egalitäreren Gesellschaft neuartige Argumente liefert. Demnach ist ein Euro in der Tasche eines armen Bürgers mehr Wert in punkto Le-

benszufriedenheit als in der Tasche eines reichen Bürgers. Einige Forscher sehen in dieser Tatsache eine Rechtfertigung für progressive Besteuerung, zumal mehr Einkommensgleichheit die Möglichkeiten für negative Externalitäten (d.h. Vergleiche mit reicheren Mitbürgern) reduziert. Somit erschiene auch die von der britischen Regierung erlassene Sondersteuer für exzessive Boni in einem neuen Licht.

Der britische Ökonom Lord Richard Layard, Professor an der London School of Economics und Mitglied im House of Lords für die Labour Partei, fordert angesichts solcher Befunde eine Repriorisierung von Politikmaßnahmen. Politik solle in erster Linie dazu dienen, das Glück der Bevölkerung zu erhöhen, nicht das Wirtschaftswachstum. In einigen Bereichen stehen diese aber in Konflikt. Ein Beispiel ist Werbung: Sie kurbelt zwar die Wirtschaft an, führt uns aber regelmäßig vor Augen, was wir nicht besitzen – ergo macht sie uns unzufrieden. Besonders direkte Werbung für Kinder sollte daher laut Layard verboten werden, um diese nicht schon von klein auf unter Konsumdruck zu setzen. Längere Arbeitszeiten mögen ebenso zwar zu einem erhöhten BIP führen, haben jedoch in der Regel negative Auswirkungen auf das Familienleben. In ähnlicher Weise wird von Arbeitnehmern oft uneingeschränkte Mobilität gefordert. Ortswechsel haben jedoch oft einen Abbruch menschlicher Beziehungen zur Folge, und jene sind einer der wichtigsten Faktoren für Glück. Einige Beobachter fordern daher, alle Regierungsmaßnahmen dahingehend zu überprüfen, ob sie auch wirklich dem Glück der Bevölkerung zuträglich sind – oder »nur« dem Wirtschaftswachstum.

»The Politics of Happiness« in Großbritannien

Großbritannien ist europäischer Vorreiter in der Umsetzung der Erkenntnisse der Glücksforschung in die Politik. Alle großen im Parlament vertretenen Parteien beschäftigen sich bereits mit der Frage, wie die Politik das »*Well-Being*« der Menschen nachhaltig fördern kann. Damit entdecken die heutigen Politiker als »*New Utilitarians*« die Werke des britischen Ökonomen Jeremy Bentham wieder. Dieser hatte bereits 1789 gefordert, die richtige Politik sei diejenige, die das größte Glück für die größte Zahl der Bevölkerung hervorbringe (*the greatest happiness for the greatest number*), das sog. »*greatest happiness principle*«.

Angefangen hat der Paradigmenwechsel, als der damals noch relativ frisch ins Amt gewählte Tony Blair

1999 auf dem Höhepunkt von *New Labour* das Thema nachhaltige Entwicklung zum Kern seines Regierungsprogramms machte: »Um die bestmögliche Lebensqualität für alle zu bieten, müssen wir mehr tun, als wirtschaftliches Wachstum zu erzielen«. Das Konzept des »*Well-Being*« wird in der Folge erstmals zum ausdrücklichen politischen Ziel, als der UK *Local Government Act* im Jahr 2000 der Kommunalpolitik die Kompetenz erteilt, das soziale, wirtschaftliche und umweltbedingte Wohlbefinden der Bürger zu fördern. Nur wenig später veröffentlicht die Strategieabteilung des Premiers ein vielbeachtetes Diskussionspapier, welches die Ergebnisse der Glücksforschung analysiert und in Bezug auf Schlussfolgerungen für die Politik auswertet. *New Labour*s fortlaufendes Interesse an dem Thema führte schließlich dazu, dass Blair in seiner Nationalen Strategie für Nachhaltige Entwicklung »*Securing the Future*« im Jahr 2005 ankündigte, den Forschungsstand über subjektives Wohlbefinden hinsichtlich möglicher Konsequenzen für die Politik untersuchen zu lassen. Konkret entstanden dabei vier Studien im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Lebensmittel und Landwirtschaft (DEFRA).

Aber auch die *Conservative Party* hat den Mentalitätswechsel erkannt und ist bemüht, ihn in die eigene Politik einzuarbeiten, allen voran durch ihren Parteichef und Spitzenkandidaten für das Amt des Premiers bei den im Frühsommer 2010 anstehenden Wahlen: David Cameron. Dieser verkündete unlängst, dass Politiker zukünftig nicht nur überlegen sollten, wie sie die Portemonnaies der Wähler voller machen können, sondern vor allem, was es bedarf, um »Freude in die Herzen der Menschen zu bringen«. Des Weiteren sei es Cameron zufolge mittlerweile für die Politiker an der Zeit zuzugeben, dass Geld allein nicht glücklich macht. Ziel der Politik müsse deshalb nicht die Erhöhung des BIP sein (engl.: *GDP*), sondern des »*GWB – general well-being*«.

Gestützt werden die Äußerungen des Parteichefs von einer parteiinternen *Quality of Life Policy Group* der Tories, die in ihrem Abschlussbericht Abstand nehmen von der einfachen Gleichung Wachstum = Wohlergehen, denn »scheinbar führt in reichen Ländern fortlaufendes Wachstum nicht zu erhöhtem Wohlbefinden«. Daher befürwortet der Bericht einen alternativen Indikator zum BIP: Eine Triade aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Indikatoren soll zukünftig die Maßzahl für erfolgreiche Politik vorgeben. Darunter fällt auch ein »*social well-being index*« mit objektiven und subjektiven Indikatoren.

Im Unterhaus beschäftigt sich derweil eine *All-Party Parliamentary Group on Wellbeing Economics* unter der Leitung der liberalen Abgeordneten Jo Swinson und mit Unterstützung des Londoner Think Tanks *new economics foundation* fortlaufend mit den Lektionen der Glücksforschung für die Politik. In der Tat hat eine von der Gruppe erarbeitete, momentan im Parlament kursierende *Early Day Motion* zum Thema »*Well-Being in Public Policy*« bereits zahlreiche Unterstützer unter den Abgeordneten aller Fraktionen gefunden. Diese proklamiert, dass die Förderung von Glück und Wohlbefinden legitime und wichtige Ziele der Regierung sein müssen, und dass es zukünftig offizielle Statistiken und Messungen über das nationale Wohlbefinden als Grundlage für Politikentscheidungen geben soll.

Insgesamt haben mittlerweile elf Ressorts und Behörden der britischen Regierung die Förderung von »*Well-Being*« explizit zum politischen Ziel erhoben und Initiativen dazu gestartet. So läuft gegenwärtig zum Beispiel ein Pilotprogramm in den Kommunalverwaltungen Hertfordshire, Manchester und South Tyneside, durch das gezielt das »*Local Well-Being*« verbessert werden soll – in Zusammenarbeit mit der Londoner Young Foundation und der London School of Economics. Schließlich untersucht auch das nationale Statistikamt Großbritanniens gegenwärtig Indikatoren für »*societal well-being*«, auf dessen Basis die Politik das Wohlbefinden der Bevölkerung erhöhen kann.

Kritiker, die die Verbindung von Glück und Politik skeptisch sehen, führen dagegen meist an, dass das Glück die Aufgabe und Privatangelegenheit jedes einzelnen Bürgers sei. Außerdem fürchtet man einen Bevormundungsstaat mit Orwell'scher Glückspolizei und am Ende gar Prozac im Leitungswasser zur Verbesserung der Statistik. Von aller Absurdität abgesehen ist solchen Einwänden jedoch inhaltlich entgegenzuhalten, dass gerade Bürger in freiheitlich regierten Staaten laut Forschung am glücklichsten sind. Außerdem hat der Einzelne über seine Umgebung, z. B. die öffentliche Sicherheit und die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, alleine wenig Kontrolle. Diese Umwelteinflüsse haben jedoch einen massiven Effekt auf sein Wohlergehen. Der Staat hat die Aufgabe diese äußeren Rahmenbedingungen möglichst menschenfreundlich zu gestalten, und steht also bereits in der Verantwortung. Das Glück des Einzelnen ist somit zutiefst gesellschaftlich verankert. Fragt man schließlich die Briten selbst nach dem primären Ziel der Politik, so antworten 81 Prozent, die Hauptaufgabe der Regierung sei das »größtmögliche

Glück der Bevölkerung«, und nicht etwa dessen »größtmöglicher Wohlstand«. Diese hohe Zustimmung, gemessen von der BBC, ist gleichzeitig Beweis für die bereits geerntete breite Anerkennung der »Politik des Glücks«, sowie auch Motivation für ihre kontinuierliche Weiterentwicklung in Großbritannien.

Die deutsche Politik nutzt das Potenzial noch nicht

Zwar ist ökonomisches Wachstum wichtig für das Wohlergehen der Gesellschaft, jedoch bleibt es laut Stiglitz-Kommission in erster Linie ein Mittel zum Zweck. Die deutschen Parteien lassen derweil das Potenzial eines Paradigmenwechsels von der einseitigen Fixierung auf Wirtschaftswachstum hin zu mehr Lebensqualität für die Bevölkerung noch weitgehend ungenutzt. Zwar lassen die ersten zaghaften Äußerungen von Bundespräsident Horst Köhler (in einer Rede im Oktober 2009) und Bundeskanzlerin Merkel (in ihrem Videocast vom Februar 2010) darauf hoffen, dass die internationale Debatte nun auch in der deutschen Politik anzukommen scheint. Die Taten der Regierung stehen dahinter jedoch noch zurück.

Das Ende 2009 verabschiedete »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« und die politische Rhetorik in der Krise illustrieren einen gewissen, immer noch mit dem BIP verbundenen Heilsglauben. Der größte Kritikpunkt am BIP jedoch ist, wie von Robert Kennedy angemerkt, dass es nicht misst, was das Leben lebenswert macht. In erster Linie sind damit die soziale Kohäsion und die Qualität menschlicher Beziehungen gemeint. So zeigen die Daten aus der Glücksforschung, dass das soziale Kapital einer Gesellschaft in reichen Ländern einen stärkeren Einfluß auf die Lebenszufriedenheit der Bürger hat als materielle Dinge.

Es ist daher an der Zeit sich Gedanken darüber zu machen, wie zusätzlich zur konventionellen Ökonomie noch eine andere Art der Wirtschaft gefördert werden kann: Einige nennen dies die »Ökonomie der Beachtung« (*Economy of Regard* – so der Oxford-Historiker Avner Offer), oder den »versteckten Reichtum der Nationen« (*The Hidden Wealth of Nations* – nach Regierungsberater David Halpern), sowie auch die »Kernwirtschaft« (*Core Economy* – wie der Londoner Think Tank *new economics foundation*). Gemeint ist damit das weitreichende Beziehungsgeflecht von unentgeltlichen Tauschhandlungen, gegenseitigem Vertrauen und sozialen Verbindungen in unserer Gesellschaft. Es wird

nicht durch ein Gesamtprodukt gemessen und ist doch nahezu bedeutsamer als unsere Handlungen in der Realwirtschaft – sowohl in Bezug auf die Bedeutung für Glück und Wohlergehen, als auch hinsichtlich des materiellen Gesamtvolumens (wenn man für immaterielle Handlungen in der Ökonomie der Beachtung wie etwa bürgerschaftliches Engagement, Nachbarschaftshilfe oder Kinderbetreuung im Freundeskreis auch nur einen Mindestlohn zu Grunde legen würde, wie David Halpern errechnet). Parteien, die am Wohlergehen der Bevölkerung interessiert sind, sollten sich daher überlegen, wie ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz für diese Ökonomie der Beachtung aussehen kann. Kurz ausgedrückt und frei nach Bill Clinton: »*It's the Economy of Regard, stupid!*«

Auch für die Sozialdemokratie ergeben sich durchaus neue Möglichkeiten und Perspektiven aus einer Hinwendung zur Devise »mehr Lebensqualität wagen«. Ein solch offen proklamierter Fokus würde einige der Kernstärken der Sozialdemokratie unterstreichen: Eine politische Kraft, die sich zum Ziel setzt, das größtmögliche Glück für die größtmögliche Bevölkerungszahl zu fördern, ist eine, die keinerlei Klientelpolitik betreibt. Jenes »*greatest happiness principle*« schließt einseitige Vorteilsnahme per se aus und verpflichtet stattdessen zum Gemeinwohl. Positiv in diesem Sinne anzumerken ist weiterhin, dass sich die SPD-Fraktion im jüngsten Positionspapier vom Januar 2010 bereits für einen neuen Fortschrittsindikator ausspricht. Dieser solle das BIP als dominante Messlatte für wirtschaftlichen Erfolg ablösen und Aspekte von Lebensqualität, Umwelt, Bildungsniveau und Teilhabe beinhalten. In der Tat stimmt die Partei damit inhaltlich überein mit mehr als zwei Dritteln der EU-Bürger, die laut Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2008 fordern, bei der Bewertung des Fortschritts soziale, ökologische und wirtschaftliche Indikatoren *gleichermaßen* zur Anwendung kommen zu lassen.

Fazit

Alles in allem bieten die Erkenntnisse der Glücksforschung und ein politischer Fokus auf mehr Lebensqualität einige interessante Denkanstöße. Darüber hinaus ermöglichen sie einen innovativen, basisdemokratischen Grassroots-Ansatz: Politik an der Frage auszurichten, was die Bevölkerung selbst glücklicher macht, kann durch evidenzbasierte Entscheidungen politische Maßnahmen gleichsam gezielter, wirksamer und für das Volk besser nachvollziehbar machen. Solch ein Vorge-



hen ist die Antipode zum »Raumschiff Bonn«, d.h. Politiker, die von oben herab und isoliert von ihren Wählern in deren vermeintlichen Sinne entscheiden. In Zeiten von sinkender Wahlbeteiligung kann dies eine hilfreiche Wiederbelebungsmaßnahme der Verbindung zwischen Wählern und Gewählten bedeuten.



Über den Autor

Christian Kroll promoviert an der London School of Economics. Der Titel seiner Dissertation lautet »Social Capital and Subjective Well-Being«.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westliche Industrieländer
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Anne Seyfferth
Leiterin des Referats Westliche Industrieländer

Tel.: ++49-30-269-35-7449 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

Bestellungen/Kontakt hier:
id-info-wil@fes.de